

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

zu dem

Gesetzentwurf der Landesregierung

Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher und versorgungsrechtlicher Vorschriften 2016

- Drucksache 6/5023 -

Berichterstatter:

Abgeordneter Sven Petke (CDU)

Beschlussempfehlung:

Der Landtag möge den Gesetzentwurf der Landesregierung in der vom Ausschuss für Haushalt und Finanzen beschlossenen Fassung annehmen.

Datum des Eingangs: 09.12.2016 / Ausgegeben: 09.12.2016

Bericht:**A. Allgemeines**

Der Landtag hatte den Gesetzentwurf der Landesregierung – Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher und versorgungsrechtlicher Vorschriften 2016 – (Drucksache 6/5023) in seiner 34. Sitzung am 29. September 2016 zur Vorbereitung einer Beschlussempfehlung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen (Federführung) und zur Mitberatung an den Ausschuss für Inneres und Kommunales überwiesen.

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales befasste sich in seiner Sitzung am 3. November 2016 und abschließend in seiner 25. Sitzung am 8. Dezember 2016 mit dem Gesetzentwurf. Er beteiligte sich an der vom federführenden Ausschuss veranstalteten Anhörung und leitete dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen schließlich seine Stellungnahme (vgl. Anlage 4) zu.

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen befasste sich in seiner 26. Sitzung am 13. Oktober 2016, in seiner 27. Sitzung am 23. November 2016 und abschließend in seiner 29. Sitzung am 25. November 2016 mit dem Gesetzentwurf.

B. Beratung

Angesichts der komplexen besoldungs- und versorgungsrechtlichen Materie entschied der Ausschuss für Haushalt und Finanzen sich einstimmig dafür, Vertreterinnen und Vertreter der folgenden Verbände und Vereine anzuhören:

- Deutscher Gewerkschaftsbund, Bezirk Berlin-Brandenburg,
- DBB Beamtenbund und Tarifunion, Landesverband Brandenburg,
- Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Brandenburg,
- Deutsche Justiz-Gewerkschaft, Landesverband Brandenburg e.V.,
- Neue Richtervereinigung e. V., Landesverband Berlin/Brandenburg,
- Deutscher Richterbund, Landesverband Brandenburg e. V.,
- Städte- und Gemeindebund Brandenburg und
- Landkreistag Brandenburg e. V.

Neben dem Gesetzentwurf wurde den Angehörten auch der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (vgl. Anlage 3), der dem Ausschuss bereits am 13. Oktober 2016 vorlag, zur Bewertung zugeleitet. Die von ihnen vorgebrachten Kritiken zu dem Gesetzentwurf und dem Änderungsantrag waren sowohl positiver als auch negativer Natur. Ihre Stellungnahmen wurden umfassend erörtert und flossen in die Meinungsbildung ein.

Zur schlussendlichen Beratung lagen dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen drei Änderungsanträge und ein Vorschlag des Abgeordneten Petke (CDU) in Bezug auf rechtsförmliche Änderungserfordernisse vor.

Mit Blick auf den Haushaltsgesetzentwurf 2017/2018 hatte der Ausschuss für Haushalt und Finanzen einstimmig beschlossen, dem Landtag mit der Beschlussempfehlung zum Einzelplan 13 (Drucksache 6/5513) die Änderung des Stellenplans des Landesrechnungshofes insoweit vorzuschlagen, als das Amt „Direktorin, Direktor

beim Landesrechnungshof – mit mindestens zwei Prüfungsgebieten“ mit der Wertigkeit der Besoldungsgruppe B 5 auszubringen sei. Damit entfielen das Amt „Direktorin, Direktor beim Landesrechnungshof“ mit der Besoldungsgruppe B 4. Der diesbezügliche einstimmig angenommene gemeinsame Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Artikel 1 Nr. 7 des Gesetzentwurfes zur Änderung besoldungsrechtlicher und versorgungsrechtlicher Vorschriften 2016 (vgl. Anlage 2) reflektiert dies und legt die Grundlage dafür, dass die entsprechenden Beförderungen ab dem 1. Januar 2017 tatsächlich vollzogen werden können. Das Gleiche gilt in Bezug auf die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht. Dass dieses Amt künftig in die Besoldungsgruppe B 4 (statt bisher B 3) eingestuft werden soll, fand ebenfalls große Zustimmung. Dieser Änderungsantrag entstand während der Beratung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen.

Ziel des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN war, die Einstufung der Wachtmeisterinnen und Wachtmeister an den Gerichten des Landes Brandenburg zu verändern und damit eine Aufstiegsperspektive für sie zu schaffen. Einige Angehörte schilderten den Ausschussmitgliedern, inwieweit sich der Beruf des Wachtmeisters in den vergangenen Jahren verändert hat und in welcher Weise er anspruchsvoller geworden ist. Sie hielten eine Einstufung in die Besoldungsgruppe A 6 für gerechtfertigt und angemessen. Dieser Änderungsantrag wurde mit fünf Ja-Stimmen und sechs Nein-Stimmen abgelehnt mit der Begründung, dass es noch einmal einer vertieften inhaltlichen Prüfung, bei der vor allem auch die Schulabschlüsse und beruflichen Qualifikationen im Vergleich mit anderen Besoldungsgruppen einer Betrachtung unterzogen werden müssten, bedürfe.

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen beschloss schließlich mit sechs Ja-Stimmen, einer Gegenstimme und bei vier Stimmenthaltungen, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfes der Landesregierung in der vom federführenden Ausschuss einschließlich der sich in der anliegenden Gegenüberstellung spiegelnden rechtsförmlichen Korrekturen beschlossenen Fassung zu empfehlen.

Sven Petke
Berichtersteller und
Vorsitzender des Ausschusses
für Haushalt und Finanzen

Anlagen

- Anlage 1: Synoptische Gegenüberstellung
- Anlage 2: Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Anlage 3: Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Anlage 4: Stellungnahme des Ausschusses für Inneres und Kommunales

Entwurf der Landesregierung

**Beschluss des Ausschusses für
Haushalt und Finanzen**

Gesetzentwurf für ein

Gesetzentwurf für ein

**Gesetz zur Änderung besoldungs-
rechtlicher und versorgungsrechtli-
cher Vorschriften 2016**

**Gesetz zur Änderung besoldungs-
rechtlicher und versorgungsrechtli-
cher Vorschriften 2016**

Vom ...

Vom ...

Der Landtag hat das folgende Gesetz
beschlossen:

Der Landtag hat das folgende Gesetz
beschlossen:

Artikel 1

Artikel 1

**Änderung des Brandenburgischen
Besoldungsgesetzes**

**Änderung des Brandenburgischen
Besoldungsgesetzes**

Das Brandenburgische Besoldungsge-
setz vom 20. November 2013 (GVBl. I
Nr. 32 S. 2, Nr. 34), das zuletzt durch
Artikel 9 des Gesetzes vom 25. Januar
2016 (GVBl. I Nr. 5 S. 14) geändert
worden ist, wird wie folgt geändert:

Das Brandenburgische Besoldungsge-
setz vom 20. November 2013 (GVBl. I
Nr. 32 S. 2, Nr. 34), das zuletzt durch
Artikel 9 des Gesetzes vom 25. Januar
2016 (GVBl. I Nr. 5 S. 14) geändert
worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 15 Absatz 1 Satz 2 wird das
Wort „Prozent“ durch das Wort
„Prozentpunkten“ ersetzt.

1. u n v e r ä n d e r t

2. § 18 wird wie folgt geändert:

2. u n v e r ä n d e r t

a) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Eine Funktion kann bis zu drei
Ämtern einer Laufbahngruppe,
in obersten Landesbehörden al-
len Ämtern einer Laufbahn-
gruppe zugeordnet werden.“

b) Nach Satz 2 wird folgender
Satz eingefügt:

Entwurf der Landesregierung**Beschluss des Ausschusses für
Haushalt und Finanzen**

„Abweichend von Satz 2 können die Funktionen der Beamtinnen und Beamten in der Laufbahn des gehobenen Justizdienstes allen Ämtern ihrer Laufbahngruppe zugeordnet werden, soweit Aufgaben nach dem Rechtspflegergesetz in sachlicher Unabhängigkeit wahrgenommen werden.“

3. § 24 Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt 3. **u n v e r ä n d e r t** gefasst:

„Dies gilt nicht für die obersten Landesbehörden, für die Gemeinden und Gemeindeverbände, für den Kommunalen Versorgungsverband Brandenburg, für Lehrerinnen, Lehrer und pädagogisches Hilfspersonal an öffentlichen Schulen und Hochschulen, für Beamtinnen und Beamte des Schulaufsichtsdienstes sowie für Lehrkräfte an verwaltungsinternen Fachhochschulen.“

4. § 35 Absatz 2 bis 5 wird wie folgt 4. **u n v e r ä n d e r t** gefasst:

„(2) Berufungs- und BleibeLeistungsbezüge sowie besondere Leistungsbezüge sind ruhegehaltfähig, soweit sie unbefristet gewährt und jeweils mindestens zwei Jahre bezogen worden sind. Befristet gewährte und jeweils mindestens für die Dauer von zehn Jahren bezogene Berufungs- und BleibeLeistungsbezüge sowie besondere Leistungsbezüge können bei wiederholter Vergabe für ruhegehaltfähig erklärt werden. Bei mehreren befristeten Leistungsbezügen, die für ruhegehaltfähig erklärt worden sind, wird der für die Beamtin oder den Beamten günstigste Betrag als ruhegehaltfähiger Dienstbezug berücksichtigt.“

Entwurf der Landesregierung**Beschluss des Ausschusses für
Haushalt und Finanzen**

(3) Unbefristet und befristet gewährte Berufungs- und BleibeLeistungsbezüge sowie besondere Leistungsbezüge sind bis zur Höhe von zusammen 40 Prozent des jeweiligen Grundgehalts nach Maßgabe des Absatzes 2 ruhegehaltfähig. Abweichend davon können Berufungs- und BleibeLeistungsbezüge sowie besondere Leistungsbezüge über den Prozentsatz nach Satz 1 hinaus zusammen höchstens für

1. 2,5 Prozent der Inhaberinnen und Inhaber von W 2- oder W 3-Planstellen bis zur Höhe von 50 Prozent des Grundgehalts,
2. 2,5 Prozent der Inhaberinnen und Inhaber von W 2- oder W 3-Planstellen bis zur Höhe von 60 Prozent des Grundgehalts,
3. 1,6 Prozent der Inhaberinnen und Inhaber von W 2- oder W 3-Planstellen bis zur Höhe von 80 Prozent des Grundgehalts

für ruhegehaltfähig erklärt werden.

Entwurf der Landesregierung**Beschluss des Ausschusses für
Haushalt und Finanzen**

(4) Funktions-Leistungsbezüge sind in Höhe von 25 Prozent ruhegehaltfähig, soweit sie mindestens fünf Jahre zugestanden haben; sie sind in Höhe von 50 Prozent ruhegehaltfähig, soweit sie mindestens zehn Jahre zugestanden haben. Tritt die Inhaberin oder der Inhaber des Funktions-Leistungsbezugs während oder mit Ablauf der Amtszeit aus dem Beamtenverhältnis auf Zeit in den Ruhestand, ist der Leistungsbezug in voller Höhe ruhegehaltfähig, wenn der Beamtin oder dem Beamten das Amt mindestens zwei Jahre übertragen war. Treffen ruhegehaltfähige Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezüge oder besondere Leistungsbezüge mit Funktions-Leistungsbezügen zusammen, wird nur der bei der Berechnung des Ruhegehalts für die Beamtin oder den Beamten günstigere Betrag als ruhegehaltfähiger Dienstbezug berücksichtigt.

(5) In den Fällen einer Beurlaubung unter Wegfall der Besoldung, die öffentlichen Belangen oder dienstlichen Interessen dient, können von der Hochschule gewährte oder in der Berufungsvereinbarung zugesagte Leistungsbezüge nach den Absätzen 2 und 4 auch dann als ruhegehaltfähig berücksichtigt werden, wenn sie infolge der Beurlaubung nicht bezogen wurden und ein Versorgungszuschlag gezahlt worden ist.“

5. § 46 wird wie folgt geändert:

5. **u n v e r ä n d e r t**

a) Der Wortlaut wird Absatz 1.

b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:

Entwurf der Landesregierung**Beschluss des Ausschusses für
Haushalt und Finanzen**

„(2) Die Landesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Gewährung einer Ausgleichszahlung in Höhe der zum Zeitpunkt des Ausgleichsanspruchs geltenden Sätze der Mehrarbeitsvergütung für Beamtinnen und Beamte zu regeln, bei denen ein Arbeitszeitausgleich aus einer langfristigen ungleichmäßigen Verteilung der Arbeitszeit, während der eine von der für sie jeweils geltenden regelmäßigen Arbeitszeit abweichende Arbeitszeit festgelegt wurde, nicht oder nur teilweise möglich ist. Abweichend von Satz 1 ist Beamtinnen und Beamten mit ermäßigter Arbeitszeit für die bis zum Umfang der regelmäßigen Arbeitszeit zusätzlich geleistete Arbeit anstelle einer Ausgleichszahlung in Höhe der Sätze der Mehrarbeitsvergütung eine Ausgleichszahlung in Höhe der Besoldung zu gewähren, auf die eine Beamtin oder ein Beamter mit entsprechend anteilig erhöhter Arbeitszeit im Zeitraum der zusätzlich geleisteten Arbeit Anspruch gehabt hätte.“

- | | |
|---|--|
| <p>6. In § 48 Absatz 1 Satz 3 werden nach dem Wort „Sonderzuschläge“ die Wörter „nach Satz 2“ eingefügt.</p> | <p>6. u n v e r ä n d e r t</p> |
| <p>7. Die Anlage 1 (Besoldungsordnungen A und B) wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:</p> <p>„Besoldungsordnungen A und B (BbgBesO A und B)“.</p> | <p>7. Die Anlage 1 (Besoldungsordnungen A und B) wird wie folgt geändert:</p> <p>a) u n v e r ä n d e r t</p> |

Entwurf der Landesregierung**Beschluss des Ausschusses für
Haushalt und Finanzen**

- b) In der Besoldungsgruppe A 10 wird die Amtsbezeichnung „Amtsinspektorin, Amtsinspektor ¹⁾“ wie folgt gefasst:

„Amtsinspektorin, Amtsinspektor ¹⁾“.

- c) In der Besoldungsgruppe A 11 wird die Amtsbezeichnung „Amtsinspektorin, Amtsinspektor ¹⁾“ wie folgt gefasst:

„Amtsinspektorin, Amtsinspektor ¹⁾“.

- d) In der Besoldungsgruppe A 14 wird die Amtsbezeichnung „Oberamtsrätin, Oberamtsrat ⁴⁾“ wie folgt gefasst:

„Oberamtsrätin, Oberamtsrat ⁴⁾“.

- e) Die Besoldungsgruppe A 15 wird wie folgt geändert:

- aa) Die Amtsbezeichnungen „Kanzlerin, Kanzler der Fachhochschule Brandenburg“, „Kanzlerin, Kanzler der Fachhochschule der Polizei“, „Kanzlerin, Kanzler der Fachhochschule Potsdam“, „Kanzlerin, Kanzler der Hochschule für Film und Fernsehen“, „Kanzlerin, Kanzler der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH)“ und „Kanzlerin, Kanzler der Technischen Hochschule Wildau (FH)“ werden durch die Amtsbezeichnung „Kanzlerin, Kanzler der ... ⁸⁾“ ersetzt.

- bb) Folgende Fußnote 8 wird angefügt:

- b) unverändert

- c) unverändert

- d) unverändert

- e) unverändert

Entwurf der Landesregierung**Beschluss des Ausschusses für
Haushalt und Finanzen**

„⁸⁾ Der Amtsbezeichnung ist ein Zusatz beizufügen, der auf die Hochschule hinweist, der die Amtsinhaberin oder der Amtsinhaber angehört.“

- f) Die Besoldungsgruppe A 16 wird wie folgt geändert:

- f) **u n v e r ä n d e r t**

- aa) Nach dem Abschnitt „Leitende Akademische Direktorin, Leitender Akademischer Direktor“ wird folgender Abschnitt eingefügt:

„Landeskriminaldirektorin,
Landeskriminaldirektor oder
Landespolizeidirektorin,
Landespolizeidirektor

- als Referatsleiterin oder
Referatsleiter für polizeiliche
Einsatz- oder Kriminalitätsangelegenheiten im für Inneres zuständigen Ministerium - ²⁾“.

- bb) Fußnotenhinweis 4 bei dem Abschnitt „Ministerialrätin, Ministerialrat“ wird Fußnotenhinweis 2.

- cc) Fußnote 2 wird wie folgt gefasst:

„²⁾ Soweit nicht in der Besoldungsgruppe B 2.“

- dd) Fußnote 4 wird gestrichen.

- ee) Fußnotenhinweis 5 bei der Amtsbezeichnung „Museumsdirektorin und Professorin, Museumsdirektor und Professor“ und Fußnote 5 werden Fußnotenhinweis 4 und Fußnote 4.

Entwurf der Landesregierung**Beschluss des Ausschusses für
Haushalt und Finanzen**

g) Die Besoldungsgruppe B 2 wird wie folgt geändert:

aa) Nach dem Abschnitt „Direktorin, Direktor der Generalverwaltung der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg“ wird die Amtsbezeichnung „Direktorin, Direktor der Zentralen Ausländerbehörde“ eingefügt.

bb) Dem Abschnitt „Direktorin, Direktor des Brandenburgischen Landesbetriebes für Liegenschaften und Bauen“ wird folgender Spiegelstrich angefügt:

„- als Leiterin oder Leiter eines Bereichs - ⁴⁾“.

cc) Nach der Amtsbezeichnung „Kanzlerin, Kanzler der Europa-Universität Frankfurt (Oder)“ wird folgender Abschnitt eingefügt:

„Landeskriminaldirektorin,
Landeskriminaldirektor oder
Landespolizeidirektorin,
Landespolizeidirektor

- als Referatsleiterin oder
Referatsleiter für polizeiliche
Einsatz- oder Kriminalitätsangelegenheiten im für Inneres zuständigen Ministerium - ¹⁾“.

dd) Die Fußnotenhinweise 3 bei den Amtsbezeichnungen „Leitende Kriminaldirektorin, Leitender Kriminaldirektor“ und „Leitende Polizeidirektorin, Leitender Polizeidirektor“ werden jeweils die Fußnotenhinweise 1.

g) **u n v e r ä n d e r t**

Entwurf der Landesregierung**Beschluss des Ausschusses für
Haushalt und Finanzen**

- ee) Der Abschnitt „Ministerialrätin, Ministerialrat ³⁾“ wird wie folgt gefasst:

„Ministerialrätin, Ministerialrat

- bei einer obersten Landesbehörde - ¹⁾“.

- ff) Der Abschnitt „Vizepräsidentin, Vizepräsident ⁴⁾“ wird wie folgt gefasst:

„Vizepräsidentin, Vizepräsident

- als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter einer oder eines in Besoldungsgruppe B 5 eingestufteten Leiterin oder Leiters einer Dienststelle oder sonstigen Einrichtung - ³⁾“.

- gg) Fußnote 1 wird wie folgt gefasst:

„¹⁾ Soweit nicht in der Besoldungsgruppe A 16.“

- hh) Fußnote 3 wird gestrichen.

- ii) Fußnote 4 wird Fußnote 3.

- jj) Folgende neue Fußnote 4 wird angefügt:

„⁴⁾ Für dieses Amt kann eine Stelle ausgebracht werden.“

- h) Die Besoldungsgruppe B 3 wird wie folgt geändert:

- aa) Die Amtsbezeichnungen „Direktorin, Direktor beim Polizeipräsidium ¹⁾“ und „Inspektorin, Inspekteur der Polizei“ werden gestrichen.

- h) Die Besoldungsgruppe B 3 wird wie folgt geändert:

- aa) u n v e r ä n d e r t

Entwurf der Landesregierung**Beschluss des Ausschusses für
Haushalt und Finanzen**

bb) Nach dem Abschnitt „Ministerialrätin, Ministerialrat“ wird die Amtsbezeichnung „Polizeivizepräsidentin, Polizeivizepräsident“ eingefügt.

cc) Der Abschnitt „Vizepräsidentin, Vizepräsident ²⁾“ wird wie folgt gefasst:

„Vizepräsidentin, Vizepräsident

- als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter einer oder eines in Besoldungsgruppe B 6 oder B 7 eingestuften Leiterin oder Leiters einer Dienststelle oder sonstigen Einrichtung - ¹⁾“.

dd) Fußnote 1 wird gestrichen.

ee) Fußnote 2 wird Fußnote 1.

bb) Der Abschnitt „Landesbeauftragte, Landesbeauftragter für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht“ wird gestrichen.

cc) u n v e r ä n d e r t

dd) u n v e r ä n d e r t

ee) u n v e r ä n d e r t

ff) u n v e r ä n d e r t

i) Die Besoldungsgruppe B 4 wird wie folgt geändert:

aa) Der Abschnitt „Direktorin, Direktor beim Landesrechnungshof - mit mindestens zwei Prüfungsgebieten“ wird gestrichen.

Entwurf der Landesregierung**Beschluss des Ausschusses für
Haushalt und Finanzen**

bb) Nach dem Abschnitt „Generaldirektorin und Professorin, Generaldirektor und Professor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg“ wird folgender Abschnitt eingefügt:

„Landesbeauftragte, Landesbeauftragter für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht“.

j) Die Besoldungsgruppe B 5 wird wie folgt geändert:

Nach dem Abschnitt „Erste Direktorin, Erster Direktor der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg“ wird folgender Abschnitt eingefügt:

„Direktorin, Direktor beim Landesrechnungshof - mit mindestens zwei Prüfungsgebieten“.

- | | |
|---|--|
| <p>8. In der Anlage 2 (Besoldungsordnung W) wird die Überschrift wie folgt gefasst:</p> <p>„Besoldungsordnung W (BbgBesO W)“.</p> <p>9. In der Anlage 3 (Besoldungsordnung R) wird die Überschrift wie folgt gefasst:</p> <p>„Besoldungsordnung R (BbgBesO R)“.</p> <p>10. In der Anlage 8 (Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen), gültig vom 1. Juni 2015 bis 30. Juni 2016 und gültig ab 1. Juli 2016, werden jeweils die Wörter „A 12, Fußnote 2 und 4“ durch die Wörter „A 12, Fußnote 2 und 5“ ersetzt.</p> | <p>8. u n v e r ä n d e r t</p> <p>9. u n v e r ä n d e r t</p> <p>10. u n v e r ä n d e r t</p> |
|---|--|

Entwurf der Landesregierung**Beschluss des Ausschusses für
Haushalt und Finanzen****Artikel 2****Artikel 2****Änderung des Brandenburgischen
Beamtenversorgungsgesetzes****u n v e r ä n d e r t**

Dem § 85 des Brandenburgischen Beamtenversorgungsgesetzes vom 20. November 2013 (GVBl. I Nr. 32 S. 77), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 25. September 2015 (GVBl. I Nr. 26 S. 3) geändert worden ist, wird folgender Absatz 6 angefügt:

„(6) Für Beamtinnen und Beamte, die nach § 133 Absatz 3 Satz 1 des Landesbeamtengesetzes mit dem vollendeten 65. Lebensjahr in den Ruhestand treten, finden die §§ 26 und 73 entsprechend Anwendung mit der Maßgabe, dass die vorübergehende Erhöhung des Ruhegehaltssatzes 0,5 Prozent der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge für je zwölf Kalendermonate beträgt.“

Artikel 3**Artikel 3****Weitere Änderung des Brandenburgischen
Beamtenversorgungsgesetzes****Weitere Änderung des Brandenburgischen
Beamtenversorgungsgesetzes**

Das Brandenburgische Beamtenversorgungsgesetz vom 20. November 2013 (GVBl. I Nr. 32 S. 77), das zuletzt durch Artikel 2 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

Das Brandenburgische Beamtenversorgungsgesetz vom 20. November 2013 (GVBl. I Nr. 32 S. 77), das zuletzt durch Artikel 2 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 86 wie folgt gefasst:

1. **u n v e r ä n d e r t**

„§ 86 Ausgleichsbetrag für Kommunale Wahlbeamtinnen und Wahlbeamte auf Zeit“.

Entwurf der Landesregierung**Beschluss des Ausschusses für
Haushalt und Finanzen**

- | | |
|---|---|
| <p>2. In § 13 Absatz 3 Satz 2 werden nach dem Wort „Dienstbehörde“ die Wörter „im Einvernehmen mit dem für das Beamtenversorgungsrecht zuständigen Ministerium“ eingefügt.</p> <p>3. § 14 wird wie folgt geändert:</p> <p style="margin-left: 20px;">a) Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 wird wie folgt gefasst:</p> <p style="margin-left: 40px;">„3. einer Beurlaubung unter Wegfall der Besoldung; die Zeit einer Beurlaubung unter Wegfall der Besoldung kann berücksichtigt werden, wenn ein Versorgungszuschlag in Höhe von 30 Prozent der ohne die Beurlaubung jeweils zustehenden Ruhegehaltfähigen Dienstbezüge gezahlt wurde und wenn spätestens bei Beendigung des Urlaubs schriftlich zugestanden worden ist, dass dieser öffentlichen Belangen oder dienstlichen Interessen dient; das für das Beamtenversorgungsrecht zuständige Ministerium kann Ausnahmen zulassen,“.</p> <p style="margin-left: 20px;">b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:</p> <p style="margin-left: 40px;">aa) In Nummer 4 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.</p> <p style="margin-left: 40px;">bb) Folgende Nummer 5 wird angefügt:</p> | <p>2. u n v e r ä n d e r t</p> <p>3. u n v e r ä n d e r t</p> |
|---|---|

Entwurf der Landesregierung**Beschluss des Ausschusses für
Haushalt und Finanzen**

„5. die in einem Rechtsverhältnis als dienstordnungsmäßig Angestellte oder dienstordnungsmäßig Angestellter zurückgelegte Dienstzeit.“

4. In § 15 Satz 1 Nummer 1 werden nach den Wörtern „Berufssoldatin, Berufssoldat“ ein Komma und die Wörter „dienstordnungsmäßig Angestellte, dienstordnungsmäßig Angestellter“ eingefügt. 4. *unverändert*
5. In § 17 Satz 1 werden die Wörter „oder im Rahmen eines Dienstordnungsvertrages“ gestrichen. 5. *unverändert*
6. Dem § 22 wird folgender Absatz angefügt: 6. *unverändert*

„(4) Zeiten einer besonderen Verwendung im Ausland nach § 46 Absatz 1 Satz 2 können bis zum Doppelten als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt werden, wenn sie insgesamt mindestens 180 Tage und einzeln ununterbrochen mindestens 30 Tage gedauert haben.“
7. In § 25 Absatz 5 Satz 1 wird die Angabe „Absatz 3“ durch die Angabe „Absatz 4“ ersetzt. 7. *unverändert*
8. § 35 Absatz 1 wird wie folgt geändert: 8. *unverändert*
 - a) Satz 2 wird aufgehoben.
 - b) Der neue Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„§ 25 Absatz 6 und die §§ 26 und 27 Absatz 6 sind nicht anzuwenden.“
9. In § 37 Satz 2 werden die Wörter „im Sinne von § 74“ gestrichen. 9. *unverändert*

Entwurf der Landesregierung**Beschluss des Ausschusses für
Haushalt und Finanzen**

10. § 39 Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst: 10. **u n v e r ä n d e r t**

„§ 25 Absatz 6 und die §§ 26 und 27 Absatz 6 sind nicht anzuwenden.“

11. Dem § 51 Absatz 2 wird folgender Satz angefügt: 11. **u n v e r ä n d e r t**

„Sind Versicherungsansprüche zur Finanzierung des Erwerbs von Wohnungseigentum an eine juristische Person abgetreten worden, wird der Ausgleich für die ausgefallene Versicherung an diese juristische Person gezahlt, wenn die Abtretung durch die Beamtin oder den Beamten dazu gedient hat, eine natürliche Person von Zahlungspflichten aufgrund der Finanzierung des Wohnungseigentums freizustellen.“

12. Nach § 62 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt: 12. **u n v e r ä n d e r t**

„Abweichend von Satz 1 sind in den Fällen des § 56 als Höchstgrenze mindestens die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der übernächsten anstelle der von der oder dem Verstorbenen tatsächlich erreichten Besoldungsgruppe zugrunde zu legen.“

13. § 71 Absatz 8 Satz 1 wird wie folgt gefasst: 13. **u n v e r ä n d e r t**

„Hat eine Beamtin oder ein Beamter nach der Berufung in das Beamtenverhältnis ein bis zum 31. Dezember 1991 geborenes Kind erzo-gen, gelten die Absätze 1 bis 5 entsprechend mit der Maßgabe, dass die Kindererziehungszeit zwölf Kalendermonate nach Ablauf des Monats der Geburt endet.“

14. § 74 wird wie folgt geändert: 14. **u n v e r ä n d e r t**

Entwurf der Landesregierung**Beschluss des Ausschusses für
Haushalt und Finanzen**

- a) Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Abweichend von Satz 1 Nummer 1 gilt bei Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamten, die wegen Erreichens der für sie geltenden Altersgrenze oder zu einem späteren Zeitpunkt in den Ruhestand getreten sind, eine Höchstgrenze von 130 Prozent der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, aus der sich das Ruhegehalt berechnet, mindestens ein Betrag in Höhe des Eineinhalbfachen der jeweils ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe A 4, zuzüglich des jeweils zustehenden Familienzuschlags nach § 69 Absatz 2.“

- b) Dem Absatz 5 wird folgender Satz angefügt:

„Abweichend von Satz 5 werden Einmalzahlungen im Monat ihres Zuflusses berücksichtigt.“

15. § 76 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Satz 7 wird wie folgt gefasst:

15. § 76 wird wie folgt geändert:

- a) **u n v e r ä n d e r t**

Entwurf der Landesregierung**Beschluss des Ausschusses für
Haushalt und Finanzen**

„Renten, Rentenerhöhungen und Rentenminderungen, die auf § 1587b des Bürgerlichen Gesetzbuchs oder § 1 des Gesetzes zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich, jeweils in der bis zum 31. August 2009 geltenden Fassung, beruhen, übertragene Anrechte nach Maßgabe des Versorgungsausgleichsgesetzes vom 3. April 2009 (BGBl. I S. 700), das zuletzt durch Artikel 25 des Gesetzes vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1768, 1801) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung und Zuschläge oder Abschläge beim Rentensplitting unter Ehegatten nach § 76c des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch bleiben unberücksichtigt.“

- b) Absatz 2 Satz 1 wird durch folgende Sätze ersetzt:

„Als Höchstgrenze gilt für Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamte der Betrag, der sich als Ruhegehalt zuzüglich des Familienzuschlags nach § 69 Absatz 2 ergeben würde, wenn der Berechnung zugrunde gelegt werden

1. bei den ruhegehaltfähigen Dienstbezügen die Endstufe der Besoldungsgruppe, aus der sich das Ruhegehalt berechnet,

- b) **u n v e r ä n d e r t**

Entwurf der Landesregierung**Beschluss des Ausschusses für
Haushalt und Finanzen**

2. als ruhegehaltfähige Dienstzeit die Zeit vom vollendeten 17. Lebensjahr sowie vor dem 17. Lebensjahr tatsächlich abgeleistete Dienstzeiten und Pflichtbeitragszeiten bis zum Eintritt des Versorgungsfalles. Diese Zeit erhöht sich um Zeiten, um die sich die ruhegehaltfähige Dienstzeit erhöht, und die bei der Rente berücksichtigten Zeiten einer rentenversicherungspflichtigen Beschäftigung oder Tätigkeit nach Eintritt des Versorgungsfalles. Nicht berücksichtigt werden die in § 64 Absatz 1 des Landesbeamtengesetzes genannten Zeiten mit Ausnahme der Zeiten, die vor diesen Zeiten zurückgelegt wurden.

Für Witwen, Witwer, hinterbliebene eingetragene Lebenspartnerinnen und Lebenspartner gilt als Höchstgrenze der Betrag, der sich als Witwen- oder Witwergeld zuzüglich des Familienzuschlags nach § 69 Absatz 2, für Waisen der Betrag, der sich als Waisengeld zuzüglich des Familienzuschlags nach § 69 Absatz 2, wenn dieser neben dem Waisengeld gezahlt wird, aus dem Ruhegehalt nach Satz 1 Nummer 1 ergeben würde.“

c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 wird die Angabe „(Absatz 2 Satz 1 Nummer 1)“ durch die Angabe „(Absatz 2 Satz 1)“ ersetzt.

Entwurf der Landesregierung**Beschluss des Ausschusses für
Haushalt und Finanzen**

bb) In Nummer 2 wird die Angabe „(Absatz 2 Satz 1 Nummer 2)“ durch die Angabe „(Absatz 2 Satz 4)“ ersetzt.

16. § 79 Absatz 3 wird wie folgt gefasst: 16. **u n v e r ä n d e r t**

„(3) Beim Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Erwerbs- oder Erwerbsersatzeinkommen und Renten ist § 74 mit der nach § 76 verbleibenden Gesamtversorgung anzuwenden.“

17. § 84 wird wie folgt geändert: 17. **u n v e r ä n d e r t**

a) Nummer 6 wird wie folgt gefasst:

„6. Ist das Verfahren über den Versorgungsausgleich vor dem 1. Januar 2014 eingeleitet worden, wird die Kürzung des im Zeitpunkt der Wirksamkeit der Entscheidung des Familiengerichts zustehenden Ruhegehalts nach § 81 bei am 31. Dezember 2013 vorhandenen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern erst dann vorgenommen, wenn aus der Versicherung der berechtigten Ehegattin, des berechtigten Ehegatten, der berechtigten eingetragenen Lebenspartnerin oder des berechtigten eingetragenen Lebenspartners eine Rente zu gewähren ist.“

b) Folgende Nummer 7 wird angefügt.

Entwurf der Landesregierung**Beschluss des Ausschusses für
Haushalt und Finanzen**

„7. Verringern sich die Versorgungsbezüge mit Wirkung vom 1. Januar 2014 aufgrund der Erhöhung des amtsunabhängigen Mindestruhegehalts infolge der Anrechnung von Renten nach § 2 Nummer 9 der Beamtenversorgungs-Übergangsverordnung und § 14 Absatz 5 des Beamtenversorgungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung, werden sie auch ab dem 1. Januar 2014 mindestens in der Höhe gezahlt, in der sie am 31. Dezember 2013 zugestanden haben.“

18. § 85 wird wie folgt geändert:

18. u n v e r ä n d e r t

- a) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„(3) Für am 1. Januar 2014 vorhandene Beamtinnen und Beamte ist bei der Berücksichtigung von Zeiten als Rechtsanwältin oder Rechtsanwalt als ruhegehaltfähige Dienstzeit § 11 des Beamtenversorgungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung anzuwenden.“

- b) Die bisherigen Absätze 3 bis 6 werden die Absätze 4 bis 7.
c) Folgender Absatz 8 wird angefügt:

Entwurf der Landesregierung**Beschluss des Ausschusses für
Haushalt und Finanzen**

„(8) Die Zeit der Verwendung einer Beamtin oder eines Beamten aus dem früheren Bundesgebiet zum Zweck der Aufbauhilfe in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet bis zum 31. Dezember 1995 wird doppelt als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt, wenn sie ununterbrochen mindestens ein Jahr gedauert hat. Satz 1 gilt nicht für eine Verwendung, die nach dem 31. Dezember 1994 begonnen hat. Die Zeit nach Satz 1 sowie § 22 Absatz 2 und 4 wird nicht doppelt bei der Berechnung des Zeitraumes nach § 25 Absatz 3 berücksichtigt.“

19. § 86 wird wie folgt geändert:

19. **u n v e r ä n d e r t**

- a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 86

Ausgleichsbetrag für Kommunale Wahlbeamtinnen und Wahlbeamte auf Zeit“.

- b) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „Beamtinnen und Beamten“ durch die Wörter „Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten“ ersetzt.
- c) In Absatz 2 werden die Wörter „der Beamtin auf Zeit oder dem Beamten auf Zeit“ durch die Wörter „der Kommunalen Wahlbeamtin auf Zeit oder dem Kommunalen Wahlbeamten auf Zeit“ ersetzt.
- d) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

Entwurf der Landesregierung**Beschluss des Ausschusses für
Haushalt und Finanzen**

„(3) Der nach Absatz 2 fiktiv ermittelte Ruhegehaltssatz vermindert sich beim Zusammentreffen der Versorgung mit einer Rente im Sinne von § 76 um 1,79375 Prozent der Ruhegehaltfähigen Dienstbezüge für jedes nach Absatz 2 berücksichtigte Jahr.“

e) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.

20. In § 88 Absatz 2 werden nach den Wörtern „§ 133 des Landesbeamtengesetzes“ die Wörter „und § 39 Absatz 7 des Landesbeamtengesetzes in der am 8. April 2009 geltenden Fassung“ eingefügt.

21. Dem § 90 wird folgender Satz angefügt:

„Die Beamtenversorgungs-Übergangsverordnung findet keine Anwendung.“

Artikel 4**Artikel 4****Änderung der Brandenburgischen
Stellenobergrenzenverordnung****Änderung der Brandenburgischen
Stellenobergrenzenverordnung**

Die Brandenburgische Stellenobergrenzenverordnung vom 14. Juli 2015 (GVBl. II Nr. 32) wird wie folgt geändert:

Die Brandenburgische Stellenobergrenzenverordnung vom 14. Juli 2015 (GVBl. II Nr. 32) wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

1. **u n v e r ä n d e r t**

a) In Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „Gemeindeverbände“ die Wörter „sowie des Kommunalen Versorgungsverbandes Brandenburg“ eingefügt.

Entwurf der Landesregierung**Beschluss des Ausschusses für
Haushalt und Finanzen**

- b) In Absatz 2 werden nach dem Wort „Hochschulen“ ein Komma und die Wörter „für Beamtinnen und Beamte des Schulaufsichtsdienstes“ eingefügt.
2. In § 4 Nummer 1 wird die Angabe „50“ durch die Angabe „60“ ersetzt.
2. In § 4 Nummer 1 wird die Angabe „50 Prozent“ durch die Angabe „60 Prozent“ ersetzt.

Artikel 5**Artikel 5****Inkrafttreten****u n v e r ä n d e r t**

- (1) Artikel 2 tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2012 in Kraft.
- (2) Artikel 3 Nummer 17 Buchstabe a und Nummer 18 Buchstabe a und b tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2014 in Kraft.
- (3) Artikel 3 Nummer 14 Buchstabe a tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2016 in Kraft.
- (4) Im Übrigen tritt dieses Gesetz am 1. Januar 2017 in Kraft.

11:0:0

Ausschuss für Haushalt und Finanzen
29. Sitzung am 25. November 2016

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU
der Fraktion DIE LINKE
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Zum Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 6/5023
Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher und
versorgungsrechtlicher Vorschriften 2016

Der Ausschuss möge beschließen:

Artikel 1 wird wie folgt geändert:

Der Nummer 7 werden die folgenden Buchstaben angefügt:

i) Die Besoldungsgruppe B 4 wird wie folgt geändert:

Der Abschnitt „Direktorin, Direktor beim Landesrechnungshof – mit mindestens zwei Prüfungsgebieten“ wird gestrichen.

j) Die Besoldungsgruppe B 5 wird wie folgt geändert:

Nach dem Abschnitt „Erste Direktorin, Erster Direktor der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg“ wird folgender Abschnitt eingefügt:

„Direktorin, Direktor beim Landesrechnungshof – mit mindestens zwei Prüfungsgebieten“.

Begründung:

Zu Buchstabe i:

Im Zusammenhang mit der Ausbringung des Amtes „Direktorin, Direktor beim Landesrechnungshof – mit mindestens zwei Prüfungsgebieten“ in der Besoldungsgruppe B 5 kann das Amt „Direktorin, Direktor beim Landesrechnungshof in der Besoldungsgruppe B 4 entfallen“.


Zu Buchstabe j:

Im Hinblick auf die umfangreicheren Aufgabenbereiche der Prüfungsabteilungen sowie der fortschreitenden Ablösung der Prüfungen der Haushalts- und Wirtschaftsfüh-

rung und Entwicklung zu mehr qualitativ hochwertigen Prüfungen ist die Ämterbewertung der Direktorinnen und Direktoren beim Landesrechnungshof gemäß dem Grundsatz der funktionsgerechten Besoldung nicht mehr sachgerecht. Im Rahmen der Prüfungen werden zukünftig auch zielgerichtete Beratungen mehr Raum einnehmen. Der Anspruch an die koordinierende und leitende Tätigkeit einer Direktorin/eines Direktors beim Landesrechnungshof nimmt zu und ist mit der einer Abteilungsleiterin/eines Abteilungsleiters in einem Ministerium vergleichbar.

Ein länderübergreifender Vergleich zeigt, dass die Direktorinnen/Direktoren mittlerweile bei zehn von 16 Landesrechnungshöfen nach der Besoldungsgruppe B5 oder B 6 besoldet werden. In den neuen Ländern besoldet Sachsen die Direktorinnen /Direktoren nach B 6; Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt besolden die Direktorinnen/Direktoren nach Besoldungsgruppe B 5.

Nach dem Grundsatz der funktionsgerechten Besoldung ist daher eine Anhebung der Besoldung von Besoldungsgruppe B 4 nach B 5 angezeigt. Gleichzeitig wird die Durchlässigkeit in Bezug auf mögliche Wechsel von Abteilungsleitern oberster Landesbehörden erhöht.



Uwe Schmidt
für die SPD-Fraktion



René Wilke
für die Fraktion DIE LINKE



Steeven Bretz
für die CDU-Fraktion

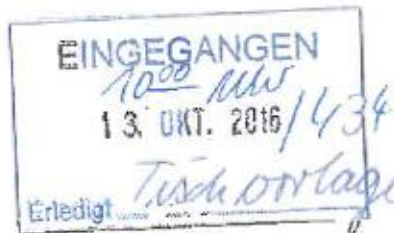


Axel Vogel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/GRÜNE

Anlage 3

Landtag Brandenburg

6. Wahlperiode



Änderungsantrag

Für den Ausschuss für Haushalt und Finanzen

5:6:0

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher und versorgungsrechtlicher Vorschriften 2016“, Drucksache 6/5023

Artikel 1 Nummer 7 wird wie folgt geändert:

1. Nach Unterpunkt a) werden folgende Unterpunkte b) bis e) eingefügt:

„b) In der Besoldungsgruppe A 3 wird der Satz ‚(Die Besoldungsgruppen A 1 bis A 3 sind nicht besetzt)‘ aufgehoben.

c) In der Besoldungsgruppe A 4 werden die Wörter ‚Justizwachtmeisterin, Justizwachtmeister‘ gestrichen und die Fussnote 1 aufgehoben.

d) In der Besoldungsgruppe A 5 werden die Wörter ‚Erste Justizhauptwachtmeisterin, Erster Justizhauptwachtmeister‘ und die Fussnoten 1 und 2 durch folgenden Satz ersetzt:

‚(Die Besoldungsgruppen A 1 bis A 5 sind nicht besetzt)‘

e) Die Besoldungsgruppe A 6 wird wie folgt geändert:

aa) In der Besoldungsgruppe A 6 werden dem Wort „Erste“ folgende Wörter vorangestellt:

‚Justizhauptwachtmeisterin, Justizhauptwachtmeister,‘

bb) In Fussnote 1 Satz 1 werden die Wörter ‚in den Besoldungsgruppen A 5, A 7‘ durch die Wörter ‚in der Besoldungsgruppe A7‘ ersetzt.


cc) In der Fussnote 1 wird der Satz 2 aufgehoben.“

2. Die bisherigen Unterpunkte c) bis h) werden zu den Unterpunkten f) bis k).

Begründung:

Die Wachtmeisterinnen und Wachtmeister an den Gerichten des Landes Brandenburg sind die einzigen Bediensteten im öffentlichen Dienst, die noch in den untersten Besoldungsgruppen A 4 und A 5 eingestuft werden - in allen anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes wurde der Einfache Dienst abgeschafft. Der Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung der besoldungs- und versorgungsrechtlichen Vorschriften führt dazu, dass die Justizwachtmeister/innen, die derzeit in den Besoldungsgruppen A 4 und A 5 eingestuft sind, durch eine Höherstufung in die Besoldungsgruppe A 6 eine Aufstiegsperspektive erhalten.

Wachtmeisterinnen und Wachtmeister sind für die Sicherheit der Gerichtsgebäude verantwortlich. Die Wahrnehmung dieser sensiblen Aufgabe gilt es auch vor dem Hintergrund gestiegener Anforderungen angemessen zu besolden. Der Beruf muss auch attraktiv bleiben, um auch in der Zukunft qualifizierte Wachtmeister/innen für Brandenburg gewinnen zu können. Einer rot- roten Landesregierung steht es zudem gut zu Gesicht, im Öffentlichen Dienst jegliche Besoldung abzuschaffen, die nur minimal oberhalb des Arbeitslosengeld II- Niveaus liegt.



Axel Vogel

für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

EINGEGANGEN

08. DEZ. 2016/SSO

Erledigt

16. NOV. AHF

LANDTAG
BRANDENBURG



Landtag Brandenburg; Postfach 90 10 64; 14410 Potsdam

Ausschuss für Inneres
und Kommunales

Der Vorsitzende

Vorsitzenden
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen
Abg. Sven Petke, MdL

im Hause

Datum: 8. Dezember 2016

**Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher und versorgungsrechtlicher Vorschriften 2016,
Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache 6/5023) -
Stellungnahme des Ausschusses für Inneres und Kommunales**

Sehr geehrter Herr Kollege,

der mitberatende Ausschuss für Inneres und Kommunales hat sich mit dem o. g. Gesetzentwurf erstmals in seiner 23. Sitzung am 3. November 2016 befasst. Am 23. November 2016 fand im federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen eine öffentliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf statt. An dieser Anhörung wurde der mitberatende Ausschuss für Inneres und Kommunales beteiligt. Der federführende Ausschuss für Haushalt und Finanzen führte seine abschließende Beratung am 25. November 2016 durch. Der mitberatende Ausschuss für Inneres und Kommunales beriet den Gesetzentwurf abschließend in seiner 25. Sitzung am 8. Dezember 2016.

Vor dem Hintergrund des Anhörungsergebnisses und dem Ergebnis der abschließenden Beratung im federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen kündigten die CDU-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an, zur 2. Lesung des Gesetzentwurfes einen Änderungsantrag in den Landtag einzubringen, der darauf abziele, dass die Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister, die derzeit in den Besoldungsgruppen A 4 und A 5 eingestuft seien, durch eine Höherstufung in die Besoldungsgruppe A 6 eine Aufstiegsperspektive erhielten.

Die Koalitionsfraktionen von SPD und DIE LINKE kündigten ebenfalls einen Änderungsantrag zur 2. Lesung des Gesetzentwurfes im Landtag an. Mit diesem solle zum einen die im Haushalt 2017/2018 beabsichtigte Bereitstellung von Mitteln für die Zahlung einer Feuerwehruzulage für die Ausbilder für den feuerwehrtechnischen Dienst an der LSTE auch besoldungsrechtlich widergespiegelt werden. Zum anderen verfolge der beabsichtigte Änderungsantrag das Ziel, einen zusätzlichen Anreiz für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte zu schaffen, ihre Lebensarbeitszeit freiwillig zu verlängern.

Mit freundlichen Grüßen

Sören Kosanke